sichtigt sei. Die vorstehend erwähnten Unterhandlungen haben inzwischen — wie wir telegraphisch bereits kurz gemeldet haben — zu dem Ergebniß geführt, daß bei den drei Cabineten nunmehr der Entschluß feststeht, die Unterdrückung des Aufstandes gemeinsam in die Hand zu nehmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte schon auf die erste Nachricht von den Unruhen auf Tutuila hin zwei Kriegsschiffe nach der Samoa-Gruppe entsandt, und man muß dies begreiflich finden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich bei den Unruhen auf Tutuila, wo die Vereinigten Staaten erst vor Kurzem in Pago-Pago eine Kohlenstation erworben haben, in erster Linie um die Gefährdung nordamerikanischer Interessen handelt. Nicht minder verständlich ist es, daß die englische Regierung auf Grund der letzten Nachrichten, wonach englische Unterthanen — nur von solchen spricht das Telegramm — bei dem jüngsten Aufstand auf der Insel Upolu angegriffen worden seien, sich beeilt hat, ihr gerade in der Südsee befindliches Kriegsschiff „Ringarooma" nach Apia zu dirigiren. Daß die deutsche Regierung auf Grund der vorstehend erwähnten, zwischen den drei Cabineten erzielten Einigung nun gleichfalls noch ein deutsches Kriegsschiff nach der Samoagruppe dirigiren wird, erscheint zweifelhaft, da der deutsche Kreuzer „Bussard" bereits auf der Rhede von Apia ankert. Wenn sich eine gemeinsame Action der drei Mächte als nothwendig erweisen sollte, so dürften vier moderne Kriegsschiffe gewiß genügen, um des Aufstandes Herr zu werden. Auch das darf endlich nicht vergessen werden, daß die alljährlich wiederkehrende Zeit der schweren Stürme unmittelbar vor der Thür steht. Wenn die deutsche Regierung unter diesen Umständen und eingedenk der schweren Verluste, die unsere Marine am 16. März 1889 vor Apia in dem Untergang der Kreuzer „Adler" und „Eber" traf, einen unnöthigen Kräfteaufwand vermeidet, so wird ein solches vorsorgliches Verhalten nur vollste Billigung verdienen.

Deutsches Reich.

— **Berlin,** 5. December. Der Reichstag war in den letzten Tagen wieder offenkundig beschlußunfähig, obwohl die meisten Fractionen in diesen Tagen Berathungen über die Militairvorlage abhalten. Hoffentlich kommt wenigstens zu der bevorstehenden Plenarverhandlung über diesen Gegenstand wieder ein ansehnlich besetztes Haus zu Stande. — Finanzminister Dr. Miquel ist bereits soweit hergestellt, daß er in den nächsten Tagen wieder den Sitzungen der Steuercommission wird beiwohnen können, was im Interesse eines ersprießlichen Fortgangs der Berathungen in hohem Grad wünschenswerth ist. — Ueber die Unterredung, die Fürst Bismarck dieser Tage im Lehrter Bahnhofsgebäude mit den Landtagsabgeordneten Enneccerus, Schoof und Weber-Genthin gepflogen, sind nicht ganz zutreffende Mittheilungen verbreitet. Ueber die Militairvorlage äußerte der Fürst, wie jetzt aus bester Quelle verlautet, er halte es für besser, die Vorlage in der gegenwärtigen Gestalt nicht anzunehmen; seiner Ansicht nach sei die Armee, wenigstens für eine Reihe von Jahren, jetzt schlagfertiger und brauchbarer als bei der neuen Organisation. Sehr warm beklagte er den Tod Lothar Bucher's und des Bürgermeisters Petersen; es seien seine ältesten Freunde gewesen, bei denen er sich oft Rath geholt. Auch über die Hamburger Cholera-Epidemie verbreitete sich die Unterhaltung. Der Fürst beklagte auf das Lebhafteste den schweren Schlag für jene Stadt und trat der Meinung entgegen, als ob Nachlässigkeiten der Behörden an dem Unglück schuld seien; wäre die Seuche zufällig anderswo ausgebrochen, so würden die Verheerungen mindestens ebenso groß gewesen sein.

△ **Berlin,** 5. December. Der Ministerpräsident und Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, hat in Folge Antrages des Centralausschusses zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland, im Hinblick auf die verliegenden gemeinnützigen Zwecke, genehmigt, daß die von dem Ausschuß im Anfang dieses Jahres eingeleitete statistische Aufnahme über den gegenwärtigen Stand der Spiele in den Schulen wie unter den Erwachsenen in Städten von 5000 und mehr Einwohnern durch einen von dem Director des königlich preußischen statistischen Bureaus zu bestimmenden höheren Beamten dieser Behörde bearbeitet werden kann. Die Bearbeitung, welche den erfreulichen Fortgang dieser Bewegung darthun wird, ist dem Dr. v. Woikowsky-Biedau übertragen worden. Das bis zum 15. October erbetene Material ist indeß von einer größeren Anzahl von Gemeinden bislang noch nicht eingeschickt worden. Der Vorsitzende des Centralausschusses von Schenckendorff und das Mitglied dieser Vereinigung Geheimer Oberregierungsrath Blenck, Director des statistischen Bureaus, haben daher gegenwärtig die noch rückständigen Gemeinden zu baldthunlichster Einsendung dieser Statistik aufgefordert und es erscheint im Interesse der Erreichung eines zutreffenden Gesammtbildes dringend erwünscht, daß diesem Ersuchen Folge gegeben werde. Der Centralausschuß wird seine nächste Versammlung am 21. und 22. Januar im Hotel zu den Vier Jahreszeiten in Berlin abhalten. Das an diesen beiden Tagen zur Verhandlung kommende Material ist ein sehr reichhaltiges und wird, nebst den Ergebnissen der gedachten Statistik und der Beschreibung mehrerer Mustereinrichtungen, in dem im Frühjahr nächsten Jahres erscheinenden Jahrbuch des Centralausschusses für 1893 veröffentlicht werden.

— Der Kaiser arbeitete heute Vormittag zunächst allein und später mit dem Chef des Civilcabinets. Darauf nahm der Monarch die laufenden Marineverträge entgegen und kam im Laufe des Nachmittags nach Berlin. Am 12. d. M. früh wird sich der Kaiser, einer Einladung des Amtsraths Diepe entsprechend, zur Jagd von Potsdam nach Bardy begeben. Von dort reist der Kaiser Abends zur Jagd nach Neuzattersleben, von wo er am 13. December im Neuen Palais zurückerwartet wird.

— In der schon telegraphisch avisirten Meldung der „Post", wonach der Prinzregent von Braunschweig, Prinz Albrecht, veranlaßt durch körperliches Leiden, sich von der Regentschaft in Braunschweig zurückzuziehen gedenke, heißt es:

„Das Scheitern der letzten Ausgleichsversuche zwischen dem Herzog von Cumberland und der Krone Preußen habe an leitmaßgebender Stelle tiefe Verstimmung hervorgerufen. Es sei jetzt ein Moment eingetreten, wo man der welfisch-hannoverschen Dinge müde zu werden beginne. Sollte der Regent von Braunschweig in der That die Regierung des Herzogthums Braunschweig niederlegen, so sei es nicht ausgeschlossen, daß in letzter Instanz die braunschweigische Angelegenheit vor den Bundesrath gebracht, um das Herzogthum für Reichsland erklären zu lassen."

— Der „Reichsanzeiger" macht bekannt:

„Am 1. k. Mts. sollen die im Geheimen Archiv des Kriegs-Ministeriums befindlichen Personal-Acten derjenigen Beamten der Militairverwaltung, welche in den Jahren 1861/62 aus dem Dienste geschieden sind, zur Aussonderung gelangen. Diejenigen Personen, welche auf Grund eines Verwandtschaftsverhältnisses zu diesen Beamten die in den Acten vorhandenen Urkunden (Tauf- und Prüfungszeugnisse 2c.) zu erhalten wünschen, werden aufgefordert, bezügliche Anträge hierher gelangen zu lassen und in ihnen gleichzeitig des Verhältniß zu den Ausgeschiedenen nachzuweisen."

— Der „Reichsanz." veröffentlicht den Wortlaut des vorläufigen Handelsabkommens mit Spanien vom 28. November.

— Der „Westf. Merk." veröffentlicht folgendes Schriftstück, das bezeichnend für die Stellung der militairischen Behörden zum Duell ist:

„Bezirks-Commando Aschaffenburg. Aschaffenburg, 19. November 1892. Betreff Ankauf von Mensurwaffen. Rundschreiben. Einige Vorkommnisse in jüngster Zeit lassen es angezeigt erscheinen, daß sich das Officiercorps des Landwehrbezirks Aschaffenburg einen eigenen Paukapparat anschaffe, wie dies auch bei anderen Bezirks-Commandos geschehen ist. Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, baldgefälligst auf Gegenwärtigen mir mitzutheilen, ob Wohldieselben damit einverstanden sind. Befindet Falles ersuche ich um Beilage 1 ℳ als den auf einen Herrn treffenden Beitrag. Der Bezirks-Commandeur v. Sprener, Oberstlieutenant."

Wenn man das liest, bemerkt das Blatt dazu, so sollte man es kaum glauben, daß das Duell durch die Staatsgesetze verboten ist. Noch dazu ist obiges Rundschreiben mit dem Stempel des betreffenden Bezirkscommandos und der Signatur „Militaria" versehen, und wird darum portofrei in die Welt hinausgeschickt. Ist denn das Pauken und Duelliren etwa gar eine militairisch-dienstliche Angelegenheit?

— Angeblich authentischer Information der „Amberger Volkszeitung" zufolge steht der Abg. Dr. Lieber auf dem Standpuncte der zweijährigen Dienstzeit mit denjenigen Consequenzen, die sich aus der Erhaltung des Präsenzstandes ergeben; darüber hinaus „keinen Mann, keinen Groschen". Das ganze Centrum theile wohl diesen Standpunct; auch Frhr. v. Huene werde schwerlich davon abweichen.

— Wie nach der „Voss. Ztg." verlautet, will die deutsche Colonialgesellschaft für Südwestafrika von ihrem Rechte, Eisenbahnen für den öffentlichen Verkehr anzulegen, Gebrauch machen und eine deutsche Gesellschaft zu Stande bringen, die eine Bahn von der Swakim-Mündung, wo Hauptmann v. François bereits eine Station baut, nach Otjimbingue und Windhoek baut. Voraussetzung ist allerdings, daß das Reich die 4proc. Zinsgarantie giebt, die sie der englischen Gesellschaft für den Bau einer Anschlußbahn an ihre Hauptlinie zugesichert hat. Diese dem Auswärtigen Amte gegebene Erklärung hat der Verwaltungsrath in seiner letzten Sitzung genehmigt.

— Der Gesetzentwurf, betr. Abänderung des Wahlgesetzes in Preußen, unterliegt augenblicklich der Beschlußfassung des Staatsministeriums. Er weicht wesentlich von den im Jahre 1891 vom Minister Herrfurth dargelegten Grundzügen ab.

— Der Lehrplan der Landwirthschaftsschulen ist durch Verfügung der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten und der geistlichen Angelegenheiten vom 25. November d. J., unbeschadet der diesen Schulen zustehenden Berechtigungen, dahin abgeändert worden, daß der Unterricht im Lateinischen ganz wegfällt und statt zweier neueren fremden Sprachen nur eine fremde Sprache betrieben wird. Auch kann an Stelle des trigonometrischen Unterrichts ein solcher in der Stereometrie eingeführt werden.

— In Folge der Erkrankung des Eisenbahnpräsidenten Pape-Bromberg ist die für heute angesetzt gewesene erste Sitzung der Commission für die Berathung einer anderweiten Organisation der Staatsbahnverwaltung auf drei Wochen vertagt worden. Herr Pape, der bekanntlich mit dem Vorsitz in dieser Commission betraut ist, ist an einem gastrisch-nervösen Fieber erkrankt.

— Der bisherige Ober-Regierungs-Rath Wehrmann ist, wie der „Reichs-Anz." amtlich mittheilt, zum Präsidenten der Königlichen Eisenbahn-Direction in Erfurt ernannt worden.

— Der königl. Eisenbahnbau-Ingenieur Koehne ist endgiltig zum technischen Attaché der deutschen Botschaft in Petersburg ernannt worden.

* **Aus dem Wahlkreise Stuhm-Marienwerder,** 5. December. Im hiesigen Wahlkreise ist die Stichwahl auf den 15. December angelegt.

* **Friedrichsruhe,** 5. December. Die Ankunft des Fürsten und der Fürstin Bismarck erfolgte am Sonnabend Abends um 10 Uhr 20 Minuten. Die „Hamb. Nachr." berichten hierüber: Der Bahnhof und der Vorplatz des Schlosses waren hell erleuchtet. Auf dem Perron hatte sich trotz des schlechten Wetters eine größere Anzahl von Personen eingefunden, um die Herrschaften bei ihrer Rückkehr nach nahezu halbjähriger Abwesenheit zu begrüßen. Das frische Aussehen des Fürsten erregte allgemeine Freude, und sein guter Humor, der sich sofort beim Verlassen des Salonwagens äußerte, bewies, daß ihn die Reise von Varzin nicht im Mindesten ermüdet hatte. Die Herrschaften begaben sich sogleich in die bereitstehenden Wagen und fuhren unter den Hurrahrufen der Versammelten und der Zugmassen nach dem Schlosse.

* **Aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg,** 5. December. Bis Mitternacht wurden für Ahlwardt 9389 Stimmen, für Drawe 2864 Stimmen gezählt. — Die gestrige freisinnige Wählerversammlung, in welcher der Abgeordnete Schneider sprechen wollte, wurde polizeilich aufgelöst, da die Antisemiten den Redner nicht zu Worte kommen ließen.

* **Nordhausen,** 5. December. Die hiesigen Stadtverordneten haben den bisherigen Bürgermeister von Thorn, Schusterus, zum ersten Bürgermeister der Stadt Nordhausen gewählt.

* **Halle a. S.,** 5. December. Der conservative Verein für Halle und den Saalkreis hielt gestern eine außerordentliche Generalversammlung ab, auf dessen Tagesordnung die Stellungnahme zu dem neuen Programm-Entwurf der conservativen Partei stand, dessen Unterschiede gegen das Programm der Partei vom Jahre 1876 der Vorsitzende Herr Syndicus Arps erörterte. Nach einer dem Vortrage sich anschließenden Besprechung wurde von der Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heute abgehaltene Generalversammlung des conservativen Vereins für Halle und den Saalkreis erklärt in Uebereinstimmung mit dem Vereinsvorstande ihre Zustimmung zu dem neuen Programm-Entwurf und fordert die Delegirten des Vereins auf, auf dem Parteitage auf die unverkürzte Annahme dieses Programm-Entwurfes hinzuwirken. — Delegirte des Vereins auf dem Parteitage werden sein die Herren Syndicus Arps, Dr. Neubauer-Kreisgk, Graf Goertz, Geh. Rath Prof. Dr. Maercker, Oekonomierath Dr. v. Wendel-Steinfeld, Dr. Crampe, Kaufmann Mertens und Kaufmann Lüderitz.

r. **Meiningen,** 5. December. Die Nationalliberalen im westlichen Thüringen beginnen jetzt etwas thätiger zu werden und wieder Fühlung zu suchen mit den Wählern in den kleineren Städten und Ortschaften. So hielt gestern Abend der Generalsecretair Breithaupt-Gotha in dem zur weimarischen Enclave Ostheim gehörenden Orte Sondheim v. d. Rhön in einer gut besuchten Versammlung einen sehr ausführlichen Vortrag über die wichtigsten politischen Tagesfragen. Heute Abend spricht derselbe Redner im Rathhaussaale zu Ostheim. — In dem meiningischen Orte Herpf sprach vorgestern Abend Redacteur Fickel-Meiningen in längerer Ausführung über „die politische Lage im Reich mit besonderer Berücksichtigung der Militairvorlage". In der sich anschließenden Debatte übte der Landtagsabgeordnete Landwirth Henneberger eine scharfe Kritik am „neuen Curse" und brachte hierauf ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Fürsten Bismarck aus.

* **Wiesbaden,** 5. December. Der hier zur Cur weilende russische Admiral v. Glasenapp, Generaladjutant des Zaren, ist gestorben.

* **Darmstadt,** 5. December. Der frühere hessische Gesandte beim deutschen Bundestage, Staatsrath v. Biegeleben, ist gestorben.

* **Nürnberg,** 5. December. Obwohl eine aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehende Commission die Entlassung von Arbeitern aus der Evora'schen Brauerei als nicht wegen Theilnahme am Fachverein erfolgt feststellte, setzen die Socialisten die Boycottirung der Brauerei fort.

* **München,** 5. December. Prinz Ludwig wird, einer Einladung des Kaisers folgend, am 8. December sich nach Hannover begeben, um an den in Aussicht genommenen Jagden Theil zu nehmen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien,** 5. December. Der Kaiser stattete heute Nachmittag ½3 Uhr dem Kronprinzen von Dänemark einen Besuch ab, welchen der Kronprinz alsbald in der Hofburg erwiderte. Sodann fuhr der Kronprinz bei den Palais der Erzherzöge vor und gab daselbst seine Karte ab. — Wie schon kurz gemeldet, hat Graf Taaffe heute im Abgeordnetenhause die Interpellation wegen der Auflösung des Reichenberger Stadtverordneten-Collegiums in einer Weise beantwortet, die nur geeignet sein kann, frisches Oel in das Feuer zu gießen und die bestehenden Gegensätze zu verschärfen. Der Sitzungsbericht lautet:

Graf Taaffe führte aus, ein Recurs sei innerhalb der gesetzlichen Frist nicht eingebracht, daher habe er als Minister des Innern sich nicht instanzenmäßig mit der Angelegenheit befassen können. Jedoch stehe er nicht an zu erklären, daß er die Verfügung des Statthalters betreffend die Auflösung des Stadtverordneten-Collegiums billige und in den Verhältnissen begründet erachte. Zu dieser Anschauung veranlaßte ihn sein auf Grund von amtlich erhobenen Thatsachen gebildetes Urtheil über die Thätigkeit der aufgelösten Stadtvertretung. Alsdann rügte der Ministerpräsident eine Reihe von ungehörigen Uebergriffen der Stadtvertretung gegenüber der Statthalterei und dem böhmischen Landtage an, und wies auf die „aufreizenden Reden" in derselben hin, deren Wiedergabe in den Blättern die gerichtlich bestätigte Beschlagnahme der letzteren herbeigeführt habe. Graf Taaffe rügte besonders den wiederholten Ausschluß im Volksbade, durch welchen denjenigen, welche nicht deutsch sprächen, die Ausweitung angerathen wurde. Mehrfach seien an den Bürgermeister erfolglose Mahnungen wegen des Mangels an Polizei bei Vereins-Versammlungen gerichtet worden, z. B. aus Anlaß der Sedanfeier des deutsch-nationalen Vereins am 1. September 1892, wo unbeanstandet Reden gehalten seien, deren Abdruck die gerichtliche Beschlagnahme herbeigeführt habe. Des Weiteren führte der Ministerpräsident als bezeichnend für die Reichenberger Verhältnisse die Uniformen der städtischen Sicherheitswache an, wofür das Muster nicht in Oesterreich gesucht sei. (Hört, hört! Rechts.) Schließlich erwähnte Graf Taaffe den Fackelzug für den Bürgermeister und terroristische Kundgebungen vor der Wohnung des vermeintlichen Verfassers eines Artikels in einer „Reichenberger Zeitung", welcher die Uniform der Polizei rügte und es tadelte, daß der Bürgermeister bei officiellen Festlichkeiten den ihm verliehenen Orden nicht angelegt habe. Unter der Regierung dieser Partei sei es in Reichenberg mit der Freiheit des Bürgers dahin gekommen, daß es gefährlich wurde, öffentlich an das Schickliche zu mahnen. Der Ministerpräsident führte die Klagen der verschiedenen Behörden an, wies auf das maßlose Hervorkehren des Parteihandpuncts hin, sowie auf die Insolenz und offene Mißachtung gegenüber den Meinungen Anderer und auf die beleidigenden Verdächtigungen der obersten Behörde. Alles dies habe ein friedliches Nebeneinanderleben in der Gemeinde sowie einen gedeihlichen Geschäftsverkehr nach außen unmöglich gemacht. Die Auflösung solle die Möglichkeit bieten, sich von den Launen eines nahezu terroristischen Parteigeistes loszumachen, dessen einseitiger Bethätigung auf die Dauer keine staatliche Verwaltung untätig hätte zusehen können. Die Auflösung sei somit gerechtfertigt; dieselbe sei nicht gegen die Gemeinde-Autonomie und den deutschen Charakter Reichenbergs gerichtet gewesen. (Beifall rechts.) Im weiteren Verlauf der Sitzung beantwortete der Ministerpräsident zwei auf denselben Gegenstand bezügliche Interpellationen Pradé's. — Da die Antwort Graf Taaffe's als völlig ungenügend bezeichnet wurde, so stellte Abgeordneter v. Plener den Antrag, in eine Debatte über die Antwort einzutreten, welcher Antrag, da auch die Jungczechen dafür stimmten, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die weitere Berhandlung findet morgen statt.

* **Reichenberg,** 5. December. Seit gestern trägt die Reichenberger Polizei die neuen Uniformen. Mit ein Grund für die Auflösung des Stadtrathes waren die neuen, von dem Regierungscommissar vorgeschriebenen Uniformen nach dem Muster der Wiener Polizei.

Frankreich.

* **Paris,** 5. December. Die Panama-Untersuchungs-Commission verhörte nach dem Senator Grévy den Senator Hébrard, welcher erklärte, er könne keine Mittheilung darüber machen, aus welchen Quellen das Journal „Temps" seine Nachrichten geschöpft habe. In Betreff seiner Betheiligung bei den Panama-Arbeiten erklärte derselbe, er sei seit 28 Jahren in öffentlichen Bauten thätig gewesen, lange vor seinem Eintritt in das Parlament und er nehme für sich das Recht in Anspruch, ein Gewerbe auszuüben, wie viele seiner Collegen. Senator Naquet erklärte, General Boulanger sei nicht übel gewesen, Geld von der Panama-Gesellschaft zu nehmen. Bankier Kohn gab Auskunft über die Unterschriften auf Checks und sagte eine neuerliche Prüfung der Bücher zu, um der Commission weitere Auskünfte geben zu können. Die Sitzung wurde sodann bis morgen vertagt. — Die in den Blättern als Geldempfänger in der Panama-Affaire genannten Personen haben sich fast alle zur Vernehmung der Untersuchungscommission gemeldet. Sie behaupten, die fraglichen Summen seien Speculationsgewinne, an denen der verstorbene Baron v. Reinach sie habe theilnehmen lassen, ohne daß damit von demselben ein Einfluß auf sie in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete beabsichtigt gewesen wäre.

Belgien.

* **Lüttich,** 5. December. Bei dem verhafteten Anarchisten Paquet wurde eine größere Menge Dynamit beschlagnahmt. Paquet gestand, daß die lütticher Anarchistengruppe die Sprengung der Cockerillwerke plante. (W. Z.)

* **Antwerpen,** 5. December. Gegen 10 000 Arbeiter durchzogen heute Abend die Stadt unter dem Rufe: „Es lebe das allgemeine Stimmrecht!" und dem Absingen der Marseillaise. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Schweiz.

* **Bern,** 5. December. Der Bundesrath hat an die Bundesversammlung über den Stand der Schweizer Handelsbeziehungen mit Frankreich eine Botschaft erlassen. Der Bundesrath setzt darnach wenig Vertrauen in die Annahme eines Uebereinkommens seitens der französischen Kammern. Wenn die Verständigung wirklich scheitern sollte, wird der Bundesrath der Bundesversammlung noch im Laufe dieses Monats Vorschläge behufs Wahrung der wirthschaftlichen Interessen der Schweiz unterbreiten.

Italien.

* **Rom,** 5. December. Die Deputirtenkammer hat heute, wie schon kurz gemeldet, die an den König zu richtende Adresse mit großer Majorität angenommen. Bei der Berathung derselben erging sich der Deputirte Barzilai in allerlei irredentistischen Anspielungen und wies darauf hin, daß der Wunsch des Königs Victor Emanuel noch nicht erfüllt sei. Die radicalen Deputirten Bendemini, Socci und Giuffrida bezeichneten die angekündigten socialen Reformen als unzureichend. In der Kammer erklärte der Deputirte Barzilai unter lebhaftem Beifall der Radicalen weiter, daß die gegenwärtige Stärke der Armee mit der wirthschaftlichen Lage Italiens unvereinbar sei. — Großes Aufsehen erregt ein offenes Schreiben Bonghi's an den Papst. Bonghi bekennt sich als ein gläubiger Katholik, stellt den zunehmenden inneren Verfall der katholischen Geistlichkeit, sowie die zunehmende Corruption der klerikalen Presse fest, welche der Kirche mehr schade als nütze. Der Grund allen Uebels für das Papstthum sei aber der Jesuitenorden. Falls sich der Papst nicht zu einer gründlichen Reform des Clerus entschließe, sei eine Spaltung innerhalb des italienischen Katholicismus unvermeidlich; schon jetzt seien erste Anzeichen derselben bemerkbar. Die Rebellion werde zum offenen Ausbruch kommen, sobald die italienische Regierung es nur wolle; schon jetzt schlössen sich immer mehr Italiener der vom Exfranciscus Campello begründeten freien Kirche an.

Großbritannien.

* **London,** 6. December. (Telegramm.) Da die Polizei gestern hier lärmende Kundgebungen oder Ausschreitungen von Arbeitslosen vor der Wohnung des Lord-Mayor befürchtete, wurden starke Posten Polizeimannschaften den ganzen Tag über im Towerhill-Viertel aufgestellt gehalten.

Orient.

* **Bukarest,** 5. December. Der Thronfolger Prinz Ferdinand ist heute über Köln, Brüssel nach London abgereist, woselbst er Donnerstag eintreffen wird. Der König begleitete denselben bis zum Bahnhof.

Amerika.

* **Washington,** 6. December. (Telegramm.) Der Congreß ist gestern zusammengetreten. — Der Präsident des Einwanderungs-Comités, Chandler, wird demnächst im Senat eine Vorlage einbringen, welche die Zulassung von Auswanderern, ausgenommen die, welche aus Ländern der neuen Welt kommen, vom 3. Januar 1893 auf ein Jahr untersagt. Ausländer, welche bereits gegenwärtig in Amerika weilen, werden zugelassen.

Reichstag.

* Im Marine-Etat sind für das Bildungswesen der Marine zwei neue Lehrerstellen mit je 4500 ℳ in Ansatz gebracht. Es ist nämlich in Aussicht genommen, die Cadetten während des Jahres ihrer Einstellung ununterbrochen an Bord zu belassen. Diese ununterbrochene Einschiffung macht es nöthig, den Cadetten den bisher am Lande gegebenen Unterricht nunmehr an Bord zu ertheilen. Hierfür sind zwei wissenschaftliche Civillehrer, für Mathematik und Chemie und für englische und französische Sprache, erforderlich. Dieselben können aus der Zahl der vorhandenen Lehrer nicht entnommen werden, da Letzterer für den Unterricht in den Officiercursen der Marineschule und außerdem für die Vorträge bei der Marine-Akademie verwendet werden, weshalb die geforderten beiden Stellen neu gefordert werden.

* Dem ersten Verzeichniß der im Reichstag eingelaufenen Petitionen entnehmen wir folgende: der Verein „Frauenbildungs-Reform" zu Weimar bittet um Zulassung der Frauen zum Studium der Medicin und Philosophie, der Vorstand des allgemeinen deutschen Frauenvereins zu Leipzig und Genossen um Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium an den deutschen Universitäten und zur Ausübung des ärztlichen Berufs. Mehrfach wird um erneute Prüfung, dahingehende Aenderung, auch Abschaffung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes gebeten. Der Vorstand des Verbandes der Thierschutzvereine Deutschlands zu Köln bittet, dahin zu wirken, daß Thiermißhandlungen, wie sie anläßlich der Distanzritte Berlin-Wien vorgekommen sind, sich nicht wiederholen dürfen. Der Centralverein preußischer Berufsfischer zu Stralsund bittet um Erlaß von Maßregeln zur Hebung der Fischerei. Cigarrenhändler bitten, solchen Cigarrenhändlern, die keine Gehilfen 2c. haben, das Offenhalten der Verkaufsstellen bis 7 Uhr Nachmittags an Sonn- und Festtagen zu gestatten. Der Vorstand des Vereins selbstständiger Geschäfts- und Handelstreibender zu Magdeburg und Umgegend und Genossen bitten um Aufhebung des § 41a der Gew.-Ordn. (Schluß der Verkaufsstellen im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen.) Gemüse-, Milch- und Kohlenhändler in Berlin bitten für sämmtliche Gewerbebetriebe das Offenhalten der Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen Vormittags bis zum Beginn des Gottesdienstes und Nachmittags von 12—3 Uhr zu gestatten. Noch eine Reihe anderer Gesuche bittet um Erleichterungen in den Verboten des Handels am Sonntage. Der Vorstand der Colonialwaarenzunft in Magdeburg bittet, an den Bestimmungen über die Sonntagsruhe nichts ändern zu wollen; ähnlich die Krämerinnung in Hamburg. Für und gegen das Jesuitengesetz sind erst wenige Gesuche eingelaufen. Eine Reihe von Petitionen bittet um Einschränkung des Hausirhandels und Verbot des Handelsbetriebes durch Detailreisende. Eine Reihe von Petitionen wünscht, daß allen in ihrer Gesundheit geschädigten ehemaligen Soldaten, welche die Kriege 1866 und 1870—71 mitgemacht haben und theilweise noch nicht als Invaliden anerkannt sind, eine Invalidenpension oder eine Erhöhung dieser gewährt werde. Viele Kriegsinvaliden bitten um Aufbesserung ihrer Pensionen, Versorgung ihrer Wittwen und Waisen, Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins und erneute Prüfung der Ansprüche der Combattanten, deren Invalidität sich erst später herausgestellt hat, die aber keine Pension beziehen. Endlich sind eine Menge Gesuche abermals um Aufhebung des Impfgesetzes oder Beseitigung des Impfzwanges, sowie solche um Ablehnung der Militairvorlage eingegangen.

* Zu Artikel 61 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches haben die Abgg. Goldschmidt, Dr. Hirsch und Genossen folgenden Abänderungsantrag im Reichstag eingebracht: Das Dienstverhältniß zwischen dem Principal und dem Handlungsdiener kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres nach vorgängiger sechswöchiger Kündigung aufgehoben werden. Ist durch Vertrag eine kürzere oder längere Zeitdauer oder eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so müssen sie für beide Theile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig. Beim Abgange können die Handlungsgehilfen ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugniß ist auf Verlangen der Handlungsgehilfen auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen. In Betreff der Handlungslehrlinge ist die Dauer der Lehrzeit nach dem Lehrvertrage und in Ermangelung vertragsmäßiger Bestimmungen nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche zu bestimmen.

Colonial-Nachrichten.

* Die britisch-südafrikanische Gesellschaft hat im Gegensatze zu der ost-afrikanischen in Ehren am 29. November vorgelegten Jahresberichte ein ziemlich glänzendes Bild ihrer Thätigkeit und Entwickelung entworfen. Zunächst hat sich innerhalb des Berichtsjahres die Zahl der Actionaire verdoppelt. Dieser starke Zudrang ist wohl nur den berichteten Goldfunden zu danken; in ganz Südafrika steht jetzt das Goldausfinden im Vordergrunde; unterstützt werden diese Unternehmungen dadurch, daß die Ausbeute der Minen in Transvaal sich stetig und stark steigert. So hat nun auch Herr C. Rhodes mitgetheilt, daß die Manica-Goldfelder sehr ergiebig seien; innerhalb der letzten Monate habe man 1100 Unzen Gold gefunden. Ist diese Angabe auch in Bezug auf Zeit und Raum recht unbestimmt, so wird sie ihre beabsichtigte Wirkung nicht verfehlen und noch viele zahlende Leute anziehen, obwohl der Leiter der Gesellschaft noch keine Dividende in Aussicht stellen konnte. Mit berechtigtem Stolze wies der Vorsitzende auf die Leistungen der Gesellschaft im Bau von Eisenbahnen und Telegraphen hin. Mit einer Ausgabe von 100 000 £ ist eine Telegraphenlinie von 1300 km hergestellt worden, und die Eisenbahn nähert sich der Nordgrenze von Betschuanaland. Bekanntlich hat er auch den noch etwas phantastischen Plan ausgesprochen, eine Telegraphenlinie durch ganz Mittelafrika bis nach Uganda und dem Sudan zu ziehen. Das wird wohl noch gute Weile haben, zumal da der egyptische Sudan sich jetzt wieder lebhaft rührt und expansiv zeigt. Die Ausgaben der Gesellschaft sind ungewöhnlich groß, einestheils wegen der kostspieligen Bauten, anderntheils durch die Erhaltung eines bewaffneten Corps von nahezu 600 Mann, von denen etwa 100 zum Polizeidienst verwendet werden. Cecil Rhodes nennt diese Leute Freiwillige, welche man leicht auf 150 vermehren könne. Wie er zu dieser Bezeichnung kommt, ist nicht recht ersichtlich.

Marine.

* **Berlin,** 5. December. Die II. Division der Manöverflotte, bestehend aus S. M. Schiffen „König Wilhelm" (Flaggschiff), „Deutschland", „Beowulf" und „Siegfried", unter dem Commando des Contre-Admirals Karcher, ist am 3. December in Christiansand eingetroffen und beabsichtigt am 10. desselben Mts. nach Wilhelmshaven zurückzukehren. — S. M. Kanonenboot „Hyäne", Commandant Capitain-Lieutenant Walther, ist am 3. December in Gabonen eingetroffen und beabsichtigt am 7. desselben Mts. nach St. Paul de Loanda in See zu gehen.

* **Wilhelmshaven,** 3. December. Briefsendungen für die Kreuzercorvette „Marie" sind bis auf weiteres nach Wilhelmshaven, für das Panzerschiff „Sachsen" und das Schulschiff „Blücher" bis auf weiteres nach Kiel zu richten.

Proceß Ahlwardt.

L. W. **Berlin,** 5. December. (Forts.) Präsident: Warum schmierten Sie denn trotz des Verbots noch weiter? — Zeuge Füssel: Sonst hätten wir Nichts verdient. Der Preis, der für die Reinigung der Gewehre uns bezahlt wurde, war nach und nach von 10 Pfennigen auf 2 Pfennige das Stück herabgedrückt worden. Präsident: Haben die Herren Löwe und Kühne davon etwas gewußt? — Zeuge Füssel: Nein, davon weiß ich nichts. — Präsident: Mußten Sie die Schmiergelreinigung vor den Meistern verheim-